

China verstehen - mit China umgehen
Probleme und Perspektiven einer zukünftigen Weltmacht
und unser Verhältnis zu ihr

Evangelische Akademie Loccum, 25.-27. November 1998

Im winterlich verschneiten Loccum standen aktuelle Aspekte der Entwicklung Chinas im Brennpunkt der Diskussion unter der Leitung von Jörg Calließ (Evangelische Akademie Loccum) und Gunter Schubert (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg). Schubert erläuterte, daß die letzten beiden Jahrzehnte widersprüchliche Entwicklungen zutage gebracht hätten, die einer näheren Betrachtung bedürften. Von besonderer Relevanz seien die Widersprüche zwischen Ökonomie und Ökologie, Prosperität und Pauperisierung, Autoritarismus und Demokratisierung, Regionalismus und Zentralismus. Auch der Umgang mit diesem Land, insbesondere in der Menschenrechtsfrage, sei erneut zu hinterfragen.

Zur ökologischen Nachhaltigkeit des chinesischen Wirtschaftswachstums referierten Dirk Betke (TU Berlin) und Peter Heck (Fachhochschule Trier). Eine Hauptursache für die desolante Umweltentwicklung vor allem in den dicht besiedelten Regionen sah Betke in dem Auseinanderklaffen von neuen unternehmerischen Möglichkeiten, die die Marktwirtschaft biete, und den ungeeigneten planwirtschaftlichen Mechanismen zur Regulierung schädlicher Aktivitäten. Zu kritisieren sei der Ansatz der chinesischen Umweltpolitik, wonach der Staat die Hauptrolle als Garant der Umwelt spiele und kaum eine Einbindung der Betroffenen stattfinde. Dieses System stoße an institutionelle Grenzen. Heck sah aufgrund der Technologiegläubigkeit der chinesischen Regierung nur wenig Chancen auf Vermeidung eines globalen Fiaskos. Allein die Erziehung und Ausbildung im Umweltschutz sei ein Silberstreif am Horizont.

Den sozialen Verschiebungen innerhalb der chinesischen Gesellschaft widmeten sich Monika Schädler (Hochschule Bremen) und Thomas Heberer (Universität Duisburg). Schädler berichtete dabei über die Lage in den chinesischen Städten, wo offene und versteckte Arbeitslosigkeit zu einem zentralen Problem geworden sei. Sie stelle eine Ursache für eine neue Armut dar, wie sie allerdings auch bei Arbeitern im unteren Einkommensbereich zu beobachten sei. Zunehmende Korruption und Kriminalität seien weitere Folgen der veränderten Rahmenbedingungen. Heberer führte zur sozialen Entwicklung auf dem Lande aus, daß die Landbevölkerung einen politischen Gegenpol zum Staat und zur KPCh darstelle. Sie sei die Antriebskraft für mehr unternehmerische Freiheiten gewesen. Außerdem habe die Landbevölkerung - nicht zuletzt wegen ihrer marktwirtschaftlichen Ausrichtung - wichtige Voraussetzungen für den beginnenden Demokratisierungsprozeß geschaffen.

Über Entwicklung und Perspektiven der chinesischen Demokratiebewegung sprach Ding Ding (FU Berlin). Gemeinsames Ziel der ansonsten diffusen chinesischen Demokratiebewegung sei es, die politische Landschaft in China grundlegend zu liberalisieren. Nach dem Einschnitt vom 4. Juni 1989 bemühten sich die vor allem städtischen Aktivisten um eine konstruktive Opposition mit friedlichen Mit-

teln. Der Wandel des Rechtssystems und der politischen Institutionen sowie ein wachsendes Protestpotential in der Bevölkerung mache es der Regierung schwerer, die sogenannten Dissidenten auszuschalten. Ding sah auch innerhalb der KPCH „gesunde Kräfte“ sprießen. Längfristig seien deshalb die Chancen der Demokratiebewegung in China gut. Anschließend ging Eberhard Sandschneider (FU Berlin) auf die Frage ein, ob in China eine Zivilgesellschaft entstehe. Er vertrat die Auffassung, daß die politische Transformation hin zu einer demokratischen Gesellschaft bereits begonnen habe. Zwar seien nach dem engen Institutionenbegriff noch keine realen Änderungen festzustellen, dagegen habe der politische Wandel in einem weiten Institutionenbegriff bereits Niederschlag gefunden. Die Diskussion um eine Zivilgesellschaft in China sei wenig nützlich, da der Begriff wegen seiner okzidentalen Provenienz zumeist programmatisch verstanden werde.

Zur Zukunft des politischen Systems in der Volksrepublik China sprachen Rüdiger Machetzky (Institut für Asienkunde) und Carsten Herrmann-Pillath (Universität Witten-Herdecke). Machetzky behauptete, daß China nicht föderalismusfähig sei. Zudem sprächen zahlreiche Ungleichheiten etwa auf materieller oder geistiger Ebene eher für eine Desintegration Chinas. Auch ein nationaler Binnenmarkt sei bisher nicht vorhanden. Auf der anderen Seite stehe die Einheit für Frieden und Wohlstand. Auch das wirtschaftliche Interesse und Großmachtträume Chinas sprächen gegen eine Desintegration des Landes. Ein Auseinanderfallen Chinas sei deshalb unwahrscheinlich; allerdings seien in Zukunft große Energien zum Erhalt der Einheit vonnöten. Herrmann-Pillath untersuchte ausgehend vom Steuersystem, ob in China eine informelle Entwicklung zu einem „Quasi-Föderalismus“ stattgefunden habe. Mit der Steuerreform von 1994 habe die Zentrale - letztlich vergeblich - versucht, die seit 1979 allmählich verlorengangene fiskalische Hoheit wieder an sich zu ziehen. Dennoch hielt Herrmann-Pillath das negative Szenario eines auf Sand gebauten Leviathans nicht für unausweichlich; auch eine positive Lösung etwa im Sinne des Schweizer Bundesstaatsmodells sei denkbar.

„Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß China eine Supermacht wird“, meinte Oskar Weggel (Institut für Asienkunde) zum außenpolitischen Selbstverständnis Chinas. Gu Xuewu (Universität Trier) vertrat die Auffassung, daß in der chinesischen Führung heute ein Bewußtsein des Weltmittelpunktes nicht mehr vorherrsche, sondern daß China sich in einer multipolaren Welt als einer von mehreren Polen begreife.

In der abschließenden Podiumsdiskussion ging es um die deutsche Haltung gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China. An dieser überraschend harmonischen Diskussion nahmen teil Dirk Pleiter (Amnesty international), Hans-Heinrich Bass (Universität Bremen), Jürgen Oberg (Siemens AG) und Thomas Wrießnig (Auswärtiges Amt). Übereinstimmung bestand zunächst darin, daß es in der Volksrepublik noch eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen gebe, sich die Lage insgesamt jedoch auf dem Weg der Besserung befinde. Ebenfalls Konsens herrschte darüber, daß der Weg der „stillen Diplomatie“ und des „Wandel durch Handel“ keinen Automatismus beinhalte und kein politisches Konzept sei. Neben einer komplexen Chinapolitik der Regierung sei es sinnvoll, auch NGOs in die Menschenrechtspolitik miteinzubeziehen. Auch deutsche Unternehmen trügen Verantwortung für eine konsistente Menschenrechtspolitik, indem

sie die Arbeitsbedingungen in diesem Sinne ausgestaltet; Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit sollten vorbildlich umgesetzt werden.

Für weitere Informationen zur Tagung können Sie sich wenden an: Thomas Richter, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Günterstalstraße 73, 79100 Freiburg; Tel.: 0761/7081-273; Fax: 0761/7081-294; t.richter@iuscrim.mpg.de

Thomas Richter

Reconstructing the World: Dr. Babasaheb Ambedkar's Understanding of Buddhism

Pune, 7.-9. Oktober 1998

Im Oktober 1956 war Dr. B. R. Ambedkar (1891-1956) zum Buddhismus übergetreten. Mit ihm konvertierten etwa eine halbe Million Unberührbarer. Ambedkars Konversion war eine lange Zeit der Auseinandersetzung mit verschiedenen Religionen vorausgegangen, die ihn schließlich nicht nur eine neue Religion annehmen ließ, sondern auch zu einem ganz eigenen Buddhismuskonzept führte. Sein Verständnis des Buddhismus bildete das Thema der Konferenz, die vom Department of Political Science der Universität in Pune veranstaltet und gemeinsam von Surendra Jondhale (Pune) und Johannes Beltz (Heidelberg) organisiert wurde. 16 Referenten waren aus den USA, Kanada, Frankreich, Rußland, Deutschland und Indien zu der ersten internationalen Konferenz in der fünfzigjährigen Geschichte des Departments angereist. Abgesagt hatten leider Richard Gombrich (Oxford), Detlef Kantowsky (Konstanz), Tim Fitzgerald (Aichi/Japan) und B. G. Gokhale (Winston/USA). Die Konferenz wurde finanziell u.a. von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Max-Mueller-Bhavan in Pune unterstützt.

Für die Teilnehmer war sehr angenehm, daß die Referate vorab ausgegeben worden waren. Mit sechs Referentinnen war, wie auch sonst in der Ambedkar-Forschung, der Frauenanteil bei dieser Konferenz erfreulicherweise hoch.

Mit der Konferenz sollte besonders Eleanor Zelliot (Minnesota) geehrt werden. Sie war eine der ersten, die sich, beginnend mit ihrer Dissertation *Dr. B. R. Ambedkar and the Mahar Movement* (Philadelphia 1969), wissenschaftlich mit Ambedkar bzw. der Dalit-Bewegung beschäftigt haben. Der Beginn der Konferenz war daher auch von den Veranstaltern auf ihren 72. Geburtstag gelegt worden. Eine Auswahl ihrer zahlreichen Aufsätze ist in dem Band *From Untouchables to Dalit. Essays on the Ambedkar Movement* (New Delhi 1992) erschienen.

Nach den Grußworten, die u.a. von Rajendra Vora, dem jetzigen Leiter des Dept. of Political Science der Universität Pune, und Arun Nigvelkar, dem Vize-Kanzler der Universität Pune, gehalten wurden, faßte Eleanor Zelliot in ihrer Er-